

Griechenland

PETER ZERVAKIS

In der griechischen Europapolitik stand im Berichtszeitraum 2000/2001 vor allem ein Ereignis im Vordergrund: Nachdem der Europäische Rat in Santa Maria da Feira die Aufhebung der Ausnahmeregelung für Griechenland beschlossen hatte und das Land in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) aufnahm, konnte die im April 2000 wiedergewählte Regierung unter Premierminister Kóstas Simítis den Beitritt ab dem 1. Januar 2001 vollziehen. Die Vertiefung des Integrationsprozesses machte zugleich auch auf die bisher von der Regierung aus wahltaktischen Gründen aufgeschobenen Strukturreformen, auf das gespannte Verhältnis zwischen Kirche und Staat sowie auf die historisch belasteten Beziehungen zu Deutschland aufgrund der Wiedergutmachungsforderungen griechischer Opfer von Wehrmachtsverbrechen aufmerksam.

Reformstau nach dem Beitritt zur WWU

Griechenland hat zwar knapp, aber unerwartet entschlossen die nominellen Maastrichter Konvergenzkriterien erfüllt; allerdings wie schon 1981 mit Hilfe der politisch weichen Interpretation der Vertragsanforderungen seitens der den Beitritt befürwortenden Euro-Gründungsmitglieder.¹ Da die Regierung Simítis bisher nur eine Politik der „Stabilisierung ohne Reform“² betrieben hat, befindet sich das Land immer noch mitten im schmerzhaften Prozess der nachhaltigen Konvergenz, der dauerhaften Angleichung des griechischen wirtschaftlichen und sozialen Lebensstandards an die Euro-Zone. Obwohl der Euro als Zahlungsmittel ab Mitte 2002 auch die älteste Währung Europas, die Drachme, endgültig ablösen wird und seine Geldpolitik zukünftig von der Europäischen Zentralbank, in die das Land einen Vertreter entsenden darf, bestimmt wird, bleibt Griechenland auch nach 20 Jahren Integration weiterhin stark inflationsgefährdet und das wirtschaftlich schwächste Mitglied der Europäischen Union (EU).³

Bisher liegt das statistische Pro-Kopf-Einkommen bei lediglich 70 Prozent des Durchschnitts innerhalb der EU. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission bräuchte das Land weitere 30 Jahre, um diesen Rückstand aufzuholen. Zwar hat Griechenland aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds zwischen 1995 und 1999 etwa 18 Milliarden Euro erhalten und erwartet bis 2006 weitere Hilfgelder in Höhe von knapp 27 Milliarden Euro. Dennoch geht das Einkommensniveau in einigen seiner Regionen (Epirus, Peloponnes), die mit annähernd 50 Prozent des EU-Mittelwerts zu den ärmsten in der Gemeinschaft zählen, seit 1990 ständig zurück. Auch

bei der Infrastruktur hat das Land großen Nachholbedarf: die Straßennetz-Dichte liegt bei nur 45 Prozent des EU-Durchschnitts, erst 58 Prozent der griechischen Haushalte sind an ein Abwassernetz angeschlossen (EU: 90 Prozent) und 93 Prozent des griechischen Mülls (EU: 66 Prozent) wird unverwertet auf oft unkontrollierten Deponien gelagert, die selten den EU-Umweltschutzvorgaben entsprechen.⁴

Dies führte erstmals in der Geschichte der EU im Juli 2000 zu einem auf Antrag der Kommission vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) verhängten Zwangsgeld gegen Griechenland in Höhe von täglich 20.000 Euro wegen anhaltender Nichtbeachtung des Gemeinschaftsrechts (C-387/97).⁵ Die Regierung hatte es seit 1988 versäumt, eine wilde Giftmülldeponie auf Kreta zu schließen. Damit hatte sie nach einem EuGH-Urteil von 1992 gleich gegen mehrere EU-Umweltrichtlinien verstoßen, die sie nicht ins griechische Recht umgesetzt hatte. Die erhebliche Missachtung des Urteils aus Luxemburg wurde vom Richterergremium als besonders schwerwiegender Verstoß gewertet, weil die Nichtbeachtung der EU-Abfall-Richtlinien zu einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit und zu einer Schädigung der Umwelt beitragen. Nicht gelten ließen die Richter dabei den griechischen Einwand, wegen des Widerstands der Bevölkerung vor Ort sei es zur Verzögerung gekommen. Zudem wurde bekannt, dass Griechenland bei der Missachtung von EU-Recht in der Gemeinschaft einen Spitzenplatz belegt: 7,3 Prozent aller Direktiven aus Brüssel hat das Parlament (Voulí) in Athen zur Zeit noch nicht in nationales Recht umgesetzt.⁶

Wenn die Qualifikation des Landes für den Euro nachhaltig abgesichert und der ökonomische Rückstand aufgeholt werden soll, dann sind tief greifende Deregulierungen auf Kosten des herrschenden Etatismus notwendig. Doch bei den Teilprivatisierungen großer Staatsunternehmen wie die Telekommunikations- und Elektrizitätsgesellschaften⁷ oder die chronisch defizitäre Olympic Airways liegt die Regierung Simítis im Vergleich zu den meisten anderen EU-Ländern weit im Rückstand. Die Aktienpakete wurden zwar börsennotiert und ihre Erlöse füllten zur Freude des Finanzministers die Staatskasse; aber es gilt weiterhin das auf dem griechischen Verfassungsartikel 106 basierende Gesetz, das dem Staat eine Beteiligung von mindestens 51 Prozent an den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen vorschreibt.⁸ Halbherzig wirkte auch die im Herbst 2000 beschlossene Reform des Arbeitsrechts, weil sie aus Rücksichtnahme vor dem linken, gewerkschaftsnahen Parteiflügel keine Flexibilisierung des verkrusteten Arbeitsmarkts zulässt und damit die Aussicht auf neue Arbeitsplätze verringert. Ebenso hinausgezögert wurde bisher die angekündigte Reduzierung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Bei der Vorlage der Pläne zur Sanierung des hochdefizitären Sozialversicherungssystems im Frühjahr 2001 kam es – wie zuvor schon in Italien – zu einer ersten Kraftprobe zwischen dem wirtschaftspolitischen Sachverstand der Regierung und den starken Netzwerken organisierter Interessen in den Gewerkschaften und der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung, PA.SO.K.⁹ Den von der Regierung angekündigten Dialog zwischen den Sozialpartnern beendeten dann zwei Massentriks, die das öffentliche Leben in den Großstädten weitgehend zum Stillstand brachten und Simítis die schwerste politische Niederlage seit seinem Amtsantritt 1996 zufügten.

Die Regierung gab dem Druck der Straße schließlich nach und ließ die Reformpläne vorläufig „einfrieren“. Der in den veröffentlichten Meinungsumfragen eingetretene Popularitätsverlust des Premiers auch wegen der ihm angelasteten, umstrittenen Aufwertung der höheren technischen Lehranstalten zu Hochschulen hatte den Anstieg des Vorsprungs der vor allem aus populistischen Gründen die Rentenreform ablehnenden konservativen *Néa Dimokratía* (Neue Demokratie) in der Gunst der Wähler zur Folge.¹⁰

Streit im Verhältnis von Kirche und Staat

In keinem anderen Mitgliedsland der EU ist die symbiotische Verflechtung zwischen Kirche und Staat verfassungsrechtlich und im Alltag derart eng ausgestaltet wie in Griechenland.¹¹ Diesem Anachronismus, der mit dem byzantinisch-orthodoxen Erbe und dem Landeskirchen-Modell der bayerischen Staatsgründer im 19. Jahrhundert zusammenhängt, hat Griechenland eine in der EU einzigartige Regelung zu verdanken: die Religionszugehörigkeit jedes griechischen Staatsbürgers ist – wie sein Beruf, der Name und Beruf des Ehegatten und der im Bürgerkrieg eingeführten Fingerabdrücke – in den Personalausweisen vermerkt. Obwohl die verpflichtende Religionsangabe ursprünglich auf die deutschen Besatzungsbehörden im Zweiten Weltkrieg zurückgeht, um Juden damals leichter unterscheiden zu können, wurde sie von allen Nachkriegsregierungen kritiklos übernommen und galt unverändert bis zum Ausweisgesetz von 1991.¹²

Gegen diese Praxis der Diskriminierung von ethno-religiösen Minderheiten, die einen Bevölkerungsanteil von 2 bis 3 Prozent ausmachen, kam es nach 1974, besonders aber nach dem Beitritt zur EU, zu heftigen Protesten und Klagen von andersgläubigen Griechen und internationalen Menschenrechtsorganisationen.¹³ Der griechische Staat wurde daraufhin mehrfach vor dem Europäischen Gerichtshof zum Schutz der Menschenrechte in Straßburg wegen Verstößen gegen die Religions- und Gewissensfreiheit verurteilt. In Reaktion auf eine Empfehlung der Datenschutzbehörde vom Mai 2000, die erstmals das Datenschutzgesetz von 1997 praktisch umsetzte, und in Anpassung an das EU-Recht als Folge des Beitritts zum Schengen-Abkommen beschloss die Regierung *Simítis* ohne vorherige Konsultation des Erzbischofs von Athen und Vorsitzenden der griechisch-orthodoxen Landeskirche, *Christódoulos*, die Streichung aller „sensibler“ persönlicher Daten aus den neu auszugebenden Personalausweisen, einschließlich des Religionsvermerks. Zugleich strebte sie eine umfangreiche Verfassungsreform zur Stärkung der individuellen Menschenrechte und der Entflechtung von Kirche und Staat an.¹⁴

Dagegen organisierte der Kirchenfürst im Juni zwei Protestveranstaltungen in Thessaloniki und Athen und bekannte demagogisch vor seinen jeweils über 100.000 Anhängern: „Wir müssen bleiben, was wir sind: In erster Linie Griechen und orthodoxe Christen und erst in zweiter Linie Europäer.“¹⁵ Nach verschiedenen Meinungsumfragen bieten die traditionell antiwestliche, nationalistische und anti-türkische autokephale Landeskirche und ihr Volkstribun *Christódoulos* mit der Gleichsetzung von Orthodoxie und Griechentum für alle parteipolitisch Verdrosse-

nen und Verlierer der Modernisierung in Griechenland die ideologische Alternative zur Ausrichtung der Regierung nach Europa.¹⁶ Der Anspruch des nach dem Vorbild des ehemaligen Erzbischofs von Zypern, Makarios III., selbsternannten Athener „Ethnarchen“ (Volksführer) nach genereller politischer Mitsprache kommt auch in der von ihm eingeleiteten landesweiten, die Regierung rechtlich aber nicht bindenden Unterschriftensammlung für ein Referendum über die strittige Ausweisfrage zum Ausdruck ebenso wie in der eine Konföderation mit den Zyperntürken vehement ablehnenden Erklärung zum Zypernproblem. Der Kirchenführer möchte offensichtlich die verfassungsmäßige Bindung der Orthodoxie an den Staat zum Hauptthema des nächsten Kommunalwahlkampfes im Herbst 2001 machen. Als weiteren Erfolg seiner politischen Interventionen kann er auch die am 6. April 2001 verabschiedete zweite Verfassungsreform verbuchen: Nach fünf Jahren Vorarbeit blieben einige entscheidende Änderungen, wie zum Beispiel die westliche Maßstäbe stärker berücksichtigende Neufassung der Rechtsbindung der orthodoxen Kirche an den Staat, bereits im Vorfeld der Verfassungsdebatte ausgeklammert.¹⁷

Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland

Die Bemühungen der Regierung Simítis, einen Ausgleich mit allen Partnern in NATO und EU zu finden, haben im Fall der Beziehungen zu Deutschland einen unerwarteten Dämpfer erhalten. Noch Anfang April 2000 sorgte der Besuch von Bundespräsident Johannes Rau für ein positives Echo in den Medien, weil er als erstes deutsches Staatsoberhaupt den Ort Kalávryta aufsuchte und eine symbolische Entschädigung für die griechischen Opfer von Wehrmachtsverbrechen anregte.¹⁸ Zum von beiden Regierungen nicht beabsichtigten Eklat kam es wenige Tage später, als der Areopag, der Oberste Sondergerichtshof, den Überlebenden und Angehörigen der Opfer eines deutschen Kriegsverbrechens im Dorf Dístomo den Anspruch auf Entschädigungszahlungen in Höhe von rund 56 Millionen D-Mark bestätigte. Die Mehrheit der Richter fand in Anlehnung an einen Präzedenzfall in den USA, dass Deutschland für barbarische Akte keine völkerrechtliche Staatenimmunität beanspruchen könne. Die Bundesregierung erkannte das Urteil nicht an, mit Hinweis auf ein 1960 geschlossenes Globalabkommen, das die vom Nationalsozialismus verfolgten Griechen mit 115 Millionen D-Mark entschädigte.¹⁹ Berlin weigert sich seither, die weiter gehenden griechischen Reparationsforderungen für Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen und macht geltend, dass Griechenland seit 1949 mehr als 30 Milliarden D-Mark aus deutschen Steuergeldern erhalten habe.²⁰ Der Streit kulminierte im Juli, als griechische Gerichtsvollzieher eine Schätzung deutscher Liegenschaften wie am Goethe-Institut in Athen vornahmen, um aus seiner Zwangsvollstreckung den Anspruch der Kläger zu erlösen. Die Bundesregierung erwirkte durch einstweilige Verfügung eine vorläufige Aussetzung der Pfändung bis zum Beginn der Hauptverhandlung im Herbst 2001.

Das amtliche Endergebnis der Parlamentswahlen in Griechenland vom 9. April 2000

	Wahlen 2000	Wahlen 1996
Wahlberechtigte Personen:	9.373.439	9.140.742
Abgegebene Stimmen:	7.027.007	6.978.656
Gültige Stimmen:	6.868.484	6.780.049
Ungültige Stimmen:	158.523	139.821
Wahlbeteiligung:	74,97%	76,35%

Parteien	Wahlen 2000	Wahlen 1996
	Prozent/ Sitze im Parlament	Prozent/ Sitze im Parlament
PA.SO.K	43,79%/ 158	41,49%/ 162
N.D.	42,73%/ 125	38,12%/ 108
K.K.E	5,53%/ 11	5,61%/ 11
SYN	3,20%/ 6	5,12%/ 10
DI.K.KI.	2,69%/ 0	4,43%/ 9

PA.SO.K = Panhellenische Sozialistische Bewegung

N.D. = Neue Demokratie

K.K.E. = Kommunistische Partei Griechenlands

SYN. = Koalition der Linken und des Fortschritts)

DI.K.KI. = Demokratische Soziale Bewegung

Quelle: Griechische Botschaft, 25.04.2001, in: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/ergebnisse/index.htm>

Anmerkungen

- 1 Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland: aufgeschobene Strukturreformen, in: Europäische Rundschau (2000) 4, S. 95-106; Auernheimer, Gustav: Griechenland vor dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion, in: Südosteuropa, 49 (2000) 3/4, S. 144-156; Kuntze, Oscar-Erich: Griechenland: vor dem Beitritt zur EWU, in: Ifo-Schnelldienst, 53 (2000) 34, S. 11-17 und Papaschinopoulou, Mary: Griechenland und der Euro, Eine Bestandsaufnahme diesseits von Ithaka, in: Politische Studien, 51 (2000) 374, S. 43-54.
- 2 Kazakos, Panos: Stabilisierung ohne Reform, Konvergenz und Pfadabhängigkeit im Griechenland der 90er Jahre, Bonn 2000 (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Nr. C66).
- 3 Neue Zürcher Zeitung, 14.2.2001; Frankfurter Rundschau, 22.9.2000. Vgl. OECD Economic Surveys: Greece 2000/2001, Volume 2001, Issue 2, Special Feature: Reforming the Greek Tax System, Paris 2001.
- 4 Handelsblatt, 6.2.2001. Vgl. European Commission (Hrsg.): Spain, Greece, Ireland and Portugal, Luxemburg 2000; OECD Environmental Performance Reviews: Greece, Paris 2000.
- 5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.2000; Die Welt, 5.7.2000.
- 6 Süddeutsche Zeitung, 5.7.2000.
- 7 Vgl. Schalast, Christoph: Reform der Energiewirtschaft in Griechenland, in: Recht der Energiewirtschaft (2000) 5, S. 177-184.
- 8 Auernheimer, Griechenland, s. Anm. 1, S. 153; Frankfurter Rundschau, 23.2.2001.
- 9 Kazakos, Stabilisierung, s. Anm. 2, S. 25-26. Vgl. Lanza, Orazio; Kostas Lavdas: The Disentanglement of Interest Politics: Business Associability, the Parties and Policy in Italy and Greece, in: European Journal of Political Research, 37 (2000), S. 203-235.
- 10 Handelsblatt, 26.4.2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.4.2001; Neue Zürcher Zeitung, 18.5.2001. Vgl. Pappas, Takis S.: Making Party Democracy in Greece, Basingstoke 1999.
- 11 Zervakis, Peter A.: Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 2. Auflage, Opladen 1999, S. 637-672, bes. 638-639.
- 12 Auernheimer, Gustav: Aktuelle Probleme im Verhältnis von Kirche und Staat in Griechen-

DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

- land, in: *Südosteuropa: Zeitschrift für Gegenwartsforschung*, 49 (2000) 11/12, S. 605-615.
- 13 Zülch, Tilman: Nationalitätenkonflikte in und um Griechenland, Griechenlands Verhältnis zu seinen Nachbarn und Minderheiten ist verkrampft, in: *Pogrom*, 209 (2001) 2, S. 11-23.
- 14 *Süddeutsche Zeitung*, 3.6.2000; *Frankfurter Rundschau*, 16.6.2000; *Neue Zürcher Zeitung*, 20.11.2000.
- 15 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.6.2000; *Handelsblatt*, 12.12.2000; *Frankfurter Rundschau*, 28.12.2000.
- 16 Auernheimer, Probleme, s. Anm. 12, S. 612-615; *Neue Zürcher Zeitung*, 30.8.2000.
- 17 <http://www.griechische-botschaft.de/weeknews/april/180401b.htm>.
- 18 *Frankfurter Rundschau*, 5.4.2000; *Berliner Zeitung*, 6.4.2000. Vgl. Paech, Norman: Wehrmachtverbrechen in Griechenland, in: *Kritische Justiz*, 32 (1999) 3, S. 380-397 und Rondholz, Eberhard: Blutspur durch Hellas, in: *Die Zeit*, 8.3.2001, S. 86.
- 19 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.9.2000.
- 20 *Die Welt*, 8.9.2000.

Weiterführende Literatur

- Auernheimer, Gustav: Aktuelle Probleme im Verhältnis von Kirche und Staat in Griechenland, in: *Südosteuropa*, 49 (2000) 11/12, S. 605-615.
- Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland: aufgeschobene Strukturereformen, in: *Europäische Rundschau* (2000) 4, S. 95-106.
- Axt, Heinz-Jürgen (ext.): Verbesserte Beziehungen zwischen Athen und Ankara nach Helsinki? Griechenlands aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik, Ebenhausen 2000 (SWP - AP 3117).
- Defence Report Greece 2000, in: *Military Technology*, 24 (2000) 9, S. 59-96.
- EU-Kommission (Hrsg.): *The EU compendium of spatial planning systems and policies*, Greece, Luxemburg 2000.
- Kazakos, Panos: Stabilisierung ohne Reform, Konvergenz und Pfadabhängigkeit im Griechenland der 90er Jahre, Bonn 2000 (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Nr. C66).
- Lagaris, Theodoros: *Innerer Feind, Nation und Demokratie: zum Legitimationsprozeß in Griechenland nach dem Bürgerkrieg*, Baden-Baden 2000.
- Lanza, Orazio; Kostas Lavdas: *The Disentanglement of Interest Politics: Business Associability, the Parties and Policy in Italy and Greece*, in: *European Journal of Political Research*, 37 (2000), S. 203-235.
- Mourmouras, Iannis A.; Michael G. Arghyrou: *Monetary Policy at the European Periphery: Greek Experience and Lessons for EU Candidates*, Berlin 2000.
- OECD Economic Surveys: *Greece 2000/2001*, Volume 2001, Issue 2, Special Feature: *Reforming the Greek Tax System*, Paris 2001.
- Paech, Norman: Wehrmachtverbrechen in Griechenland, in: *Kritische Justiz*, 32 (1999) 3, S. 380-397.
- Pappas, Takis S.: *Making Party Democracy in Greece*, Basingstoke 1999.
- Papaschinopoulou, Mary: Griechenland und der Euro. Eine Bestandsaufnahme diesseits von Ithaka, in: *Politische Studien*, 51 (2000) 374, S. 43-54.
- Schalast, Christoph: Reform der Energiewirtschaft in Griechenland, in: *Recht der Energiewirtschaft* (2000) 5, S. 177-184.
- Spanou, Calliope: Greece, in: Kassim, Hussein; B. Guy Peters; Vincent Wright (Hrsg.): *The National Co-ordination of EU Policy, The Domestic Level*, Oxford 2000, S. 161-181.
- Voss, Christian: Das slavophone Griechenland – Bemerkungen zum Ende eines Tabus, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 40 (2000) 4, S. 351-363.
- Zahariadis, Nikolaos: *A Framework for Improving Greek-Turkish Relations*, in: *Mediterranean Quarterly*, Herbst 2000, S. 98-116.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): *Kurzbericht über die Lage der türkischen Minderheit in Griechenland*, Essen 2000.
- Zervakis, Peter: *The Greek Diaspora in the United States and American Involvement in Greece after World War II*, in: *Modern Greek Studies Yearbook*, Bd. 14/15 (1998/1999), S. 213-240.
- Zoll, Ralf (Hrsg.): *Ein Modell zur Vermittlung konfliktärer Interessen. Die griechisch-türkischen Beziehungen und der Zypern-Konflikt*, Münster 2000.
- Zülch, Tilman: Nationalitätenkonflikte in und um Griechenland, Griechenlands Verhältnis zu seinen Nachbarn und Minderheiten ist verkrampft, in: *Pogrom*, 209 (2001) 2, S. 11-23.